

Ratsfraktion der FDP
Holger Franke
Rede zum Haushalt 2007 (Drucksache DS0349/06)
Sitzung des Stadtrates am 11.12.2006

Anrede

Ein Blick auf die Haushaltssituation des Bundes und der Länder zeigt eine leichte Verbesserung der seit Jahren angespannten Lage. Die Steuereinnahmen steigen, die Arbeitslosigkeit sinkt und die allgemeine Konjunktur in Deutschland zeigt Wachstumsraten wie wir sie seit mehr als 7 Jahren nicht mehr gesehen haben.

Diese positive Entwicklung schlägt aber nicht auf die Haushalte der Kommunen durch.

Wir in Magdeburg haben durch die Kürzungen der Landeszuweisungen und den Wegfall des Familienlastenausgleiches wiederum erhebliche Einnahmeverluste zu verbuchen. Die erfolgreichen Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung werden somit durch die Landesregierung ausgehebelt.

Die Ursache dafür ist relativ eindeutig: Bund und Länder versuchen, sich auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Die vor einiger Zeit mit großem Getöse verabschiedete Förderalismusreform ist ein Grundproblem dieser Entwicklung.

Denn diese Reform ist ohne den wichtigsten Baustein verabschiedet worden:

die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund Ländern und Kommunen.

Wir fordern, dass endlich der Grundsatz gilt: "Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen."

Die Übernahme immer weiterer Pflichtaufgaben durch die Kommunen ohne die finanzielle Kompensierung durch den übergeordneten Gesetzgeber führt dazu, dass die Bürger durch höhere Steuern, Gebühren und Abgaben weiter belastet werden und gleichzeitig die Leistungen der Kommunen, vor allem im freiwilligen Bereich, weiter gekürzt werden müssen.

Unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker muss es sein, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen.

Die meisten Mitglieder des Stadtrates sind auch Mitglieder von Parteien, die im Bund oder in den Ländern Regierungsverantwortung tragen.

Und nicht zuletzt sitzen hier im Raum auch Mitglieder des Bundestages, des Landtages und der Landesregierung.

Es liegt also auch in unserer politischen Verantwortung, eine Verbesserung der finanziellen Lage der Kommunen immer wieder anzumahnen und auch anzustreben.

Anrede

Die mittel- bis langfristige Finanzplanung der Landeshauptstadt Magdeburg prognostiziert uns auch noch im Jahre 2010 ein Haushaltsdefizit von ca.142 Millionen Euro und im Jahre 2015 wird das Defizit immer noch 101 Millionen Euro betragen.

Durch die Einführung der doppelten Haushaltsführung im Jahr 2010 wird auch das bis dahin aufgelaufene Defizit von ca. 100 Millionen der Entwicklungsmaßnahme Rothersee in unserem Haushalt transparent darzustellen sein.

Es ist abzusehen, dass die dramatische finanzielle Lage trotz besserer Konjunktur auch in den nächsten Jahren ein Dauerbrenner bleiben wird.

Kommunale Selbstverwaltung und kommunales Selbstbewusstsein werden durch diese Situation und den permanenten Entscheidungsvorbehalt durch das Landesverwaltungsamt ad absurdum geführt.

Welche Möglichkeiten haben wir also als Kommunalparlament, diese Situation entscheidend zu verbessern?

Die von mir angesprochene Haushaltskonsolidierung und die damit verbundenen Sparmaßnahmen können sicherlich nicht ständig so weitergeführt werden. Obwohl sicherlich an der einen oder anderen Stelle noch Potential besteht, ich nenne da nur das Stichwort Bürokratieabbau.

Die FDP-Fraktion hat z.B. bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2006 eine globale Kürzung der Budgets um 1,5 Millionen Euro vorgeschlagen.

Dieser Vorschlag wurde hier im Rat in den Haushaltsberatungen im Dezember 2005 mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im diesjährigen Haushaltsentwurf wurde unsere Forderung dann allerdings durch die Verwaltung mit einem Einsparvolumen von 1,6 Millionen Euro umgesetzt.

Irgendwann dürfte aber bei allen Sparbemühungen das Ende der Fahnenstange erreicht sein.

Es bleibt uns also nichts weiter übrig, als **die Einnahmensituation zu verbessern**.

Wir Liberale stehen aber einer ständigen Steigerung der Gebühren und Abgabenlast für den Bürger sehr skeptisch gegenüber. Deswegen haben wir im Rahmen der Haushaltsberatung den Vorschlag zur Privatisierung von kommunalem Eigentum ins Gespräch gebracht.

Wir sehen in einem möglichen Verkauf der Städtischen Wohnungsgesellschaft die ernsthafte Möglichkeit für einen finanziellen Befreiungsschlag, welcher uns die von mir angesprochene kommunale und finanzpolitische Handlungsfähigkeit zurückgeben kann.

Und dass diese Möglichkeit keine Utopie sein muss, hat uns die sächsische Landeshauptstadt Dresden gezeigt.

Dresden ist mit dem Verkauf ihrer WOBA die erste schuldenfreie deutsche Großstadt und wird außerdem im kommenden Jahr in der Hauptsatzung der Stadt ein Neuverschuldungsverbot verankern.

Für mich ist das ein Beispiel von zukunftsorientierter und nachhaltiger Politik, **denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen**.

Und Dresden hat auch gezeigt, dass mit der im Vertrag verankerten Sozialcharta ein Verkauf der Gesellschaft nicht auf dem Rücken der Mieter stattfinden muss.

Ein Verkauf in Magdeburg wäre **nicht** die viel zitierte Verscherbeltung des Tafelsilbers, sondern würde der schon mehrfach angesprochenen kommunal- und finanzpolitischen Handlungsfähigkeit dienen.

Magdeburg wären dann auch wieder in der Lage, Investitionen in die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten sowie in den Bestand von Kunst und Kultur zu tätigen.

Auch das immer wieder angeführte Gegenargument, ohne einen Bestand an kommunalem Wohnungseigentum sei keine Stadtentwicklung möglich, ist für uns nicht schlüssig, denn in allen westdeutschen Großstädten ohne einen historisch bedingten hohen Bestand von kommunalen Wohnungen findet ebenfalls Stadtentwicklung statt. Stadtentwicklung ist eine Frage der finanziellen Möglichkeiten einer Kommune und fokussiert sich nicht auf das Vorhandensein von städtischem Eigentum.

Wir sind natürlich realistisch genug um zu erkennen, dass unser Antrag zur Zeit im Magdeburger Stadtrat noch keine Mehrheit findet, doch ich bin mir sicher, dass dieses Thema vakant bleiben wird, und wir uns mittelfristig dieser Entwicklung nicht verschließen werden können.

Anrede

Einen weiteren Schwerpunkt liberaler Fraktionsarbeit sehen wir bei den Gesellschaften mit städtischer Beteiligung. Wir werden die Entwicklung dieser Gesellschaften sehr genau beobachten.

Hier muss ständig hinterfragt werden, ob eine Betätigung jenseits der öffentlichen Daseinsvorsorge unbedingt notwendig ist, und **oder ob** dies private Gesellschaften nicht besser leisten bzw. übernehmen könnten.

Es ist eine allseits bekannte Tatsache, dass ohne die Ansiedlung von neuen Unternehmen und die Qualifizierung der vorhandenen Betriebe eine Verbesserung der Einnahmesituation nicht erreichbar sein wird.

Obwohl die Gewerbesteureinnahmen wieder ansteigen, stellen sie mit ca. 61 Millionen Euro bei den Gesamteinnahmen im Haushalt der Landeshauptstadt von 425 Millionen Euro nur einen Anteil von ca. 15 Prozent dar.

In der Stadtratsberatung am vergangenen Donnerstag haben wir bereits eine breite Diskussion über die Wirtschaftsförderung in Magdeburg geführt. Wir sind der Meinung, dass hier ein starker Wettbewerb zu Ungunsten von Magdeburg stattfindet. Wenn Umlandgemeinden neben einer höher GA Förderung, einem niedrigeren Gewerbesteuerhebesatz und günstigeren Grundstückspreisen auch noch subventionierte und damit günstigere Energiepreise bekommen sollen, gerät die Landeshauptstadt immer weiter ins Hintertreffen.

Unser Antrag, eine gemeinsame Initiative mit Halle und Dessau zur Senkung des Hebesatzes anzustreben, zielt genau in die Richtung, **Wettbewerbsnachteile auszugleichen**.

Hier muss das Wirtschaftsdezernat sein gesamtes Potential in die Waagschale werfen. Wettbewerbsverzerrungen dürfen wir nicht kommentarlos hinnehmen.

Dennoch ist diese Situation nicht von heute auf morgen zu verändern.

Daher muss der Grundsatz gelten: **Wenn wir schon teurer sind, dann müssen wir besser sein.**

Dazu gehört für die FDP auch eine Bündelung der Innen- und Außenvermarktung der Stadt.

Der permanente Widerstand der Verwaltung, in diesem Bereich mit einer Stimme zu sprechen, ist mir unbegreiflich. Die FDP-Fraktion wird diese Bündelung auch in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen weiter einfordern.

Die Strategie der Landes-SPD und auch des Oberbürgermeisters, Wirtschaftsförderung durch Eingemeindung der erfolgreichen Umlandkommunen zu betreiben, wird sich zumindest kurz und mittelfristig nicht als erfolgreich erweisen.

Anrede

Der Haushaltsplan für das Jahr 2007 kann mit seinem Defizit von 111,875 Millionen Euro niemanden wirklich zufrieden stellen.

Ich denke, das wird auch fraktionsübergreifend so gesehen.

Dem federführenden Dezernat II ist es gelungen, durch eine konsequente Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung einem weiteren Aufwuchs des Defizits zumindest entgegenzuwirken.

Eine nachhaltige und dauerhafte Konsolidierung Haushaltes - dabei sollten wir auch einen ausgeglichenen Haushalt nicht aus den Augen verlieren - liegt aber in den mehr oder minder weisen Entscheidungen dieses Stadtrates begründet.

Viele von Ihnen waren gestern zur Eröffnung des neuen Stadions anwesend und konnten die Emotionen der Magdeburger und auch der Gäste aus der Region miterleben.

Dieses für die Stadt wichtige Investitionsvorhaben konnten wir aber nur mit Hilfe eines privaten Investors realisieren.

Das Beispiel Fußball-Stadion, aber auch die Anstrengungen, die wir künftig im Bereich PPP für Schulen und Kindertagesstätten tätigen müssen, sind ohne Mitwirkungen aus der privaten Wirtschaft nicht realisierbar.

Diesem **für manche Kommunalpolitiker schmerzhaften Sachverhalt** müssen wir uns stellen und gleichzeitig aktiv und selbstbewusst auch mit neuen Gedanken und Strategien an der Zukunft der Landeshauptstadt Magdeburg arbeiten.

Anrede

Lassen Sie mich abschließend noch Herrn Bürgermeister Bernhard Czogalla und seinen ambitionierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die sehr gute Vorbereitung der Haushaltsunterlagen und die stets aufgeschlossenen und kompetente Zusammenarbeit danken.

Es gilt das gesprochene Wort!